

Projekt

Bürger formulieren Ziele für eine nachhaltige Ernährung

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind für Städte und Gemeinden wichtige Themen. Nicht nur Energie- und Mobilitätskonzepte helfen, auch ein kommunales Ernährungssystem hilft der Umweltbilanz. Im Projekt Kernig sammelt die Stadt Leutkirch wissenschaftlich begleitet Erfahrungen, wie eine umweltschonende Versorgung aussieht.

Von Beate Mehlin

LEUTKIRCH/FREIBURG. Die bayerische Gemeinde Wolframs-Eschenbach betreibt seit Kurzem für ihre rund 2900 Einwohner eine kommunale Bäckerei. Dazu kam es laut Medienberichten, weil sich kein Bäcker gefunden hatte. Dass sich Kommunen auf diese Weise um die Lebensmittelversorgung kümmern, ist eher ein Sonderfall.

Doch wie sich Menschen im kommunalen Raum ernähren, wo die Lebensmittel herkommen, spielt für die regionale Umweltbilanz eine Rolle (siehe Kasten). Welche Stellschrauben Gemeinden haben, um hier positive Akzente zu setzen, wird im Projekt „Wissens. Kernig“ – Systematisches Wissensmanagement zur Stärkung kommunaler Nachhaltigkeitsgovernance im Bereich Ernährung – untersucht.

Projekt untersucht kommunale Ernährungsstrukturen

Modellkommune in der zweiten Projektphase, die seit April läuft, ist wieder die 25000-Einwohner-Kommune Leutkirch (Landkreis Ravensburg). Angesiedelt ist das Projekt an der Professur für Environmental Governance der Universität Freiburg. Es wird vom Bundesbildungsministerium finanziert. Kooperationspartner ist der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

„Seit vielen Jahren sind wir bereits im Umwelt- und Klimaschutz aktiv, insbesondere im Energie- und Mobilitätsbereich. Rund ein Drittel des ökologischen Fußabdrucks, den jeder von uns verursacht, ist al-



Wie ernähren sich die Menschen und wie werden sie mit Lebensmitteln versorgt? Das untersuchen Wissenschaftler in Leutkirch. FOTO: MEHLIN

Städte gehen das Thema Ernährung gemeinsam an

In Baden-Württemberg engagieren sich Kommunen unterschiedlich im Themenbereich Ernährung. Im 2010 gegründeten bundesweiten Netzwerk Biostädte sind Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg beteiligt.

Der 2001 ins Leben gerufenen „Città slow“-Bewegung haben sich Waldkirch, Überlingen, Bad Schussenried, Bad

Wimpfen und Schwetzingen angeschlossen. 2019 wurde der Ernährungsrat Freiburg und Region gegründet, der als Zusammenschluss privater, gemeinnütziger und kommunaler Beteiligten „das lokale Ernährungssystem verändern will“, denn der lokale Versorgungsgrad der Stadt liegt aktuell lediglich bei 20 Prozent.

lerdings auf die Ernährung zurückzuführen“, sagt Laura Holzhofer, Kernig-Ansprechpartnerin der Stadt Leutkirch.

Im Projekt werden daher die kommunalen Ernährungsstrukturen untersucht. Es geht darum, wie die Stadt, wie die Menschen sich ernähren und wie sie mit Lebensmitteln versorgt werden. Ziel ist, durch eine strategische Stadt- und Regionalplanung die Umwelt- und Klimaauswirkungen aus dem Bereich „Ernährung“ zu verringern. „Zunächst mussten wir die komplexen Zusammenhänge des regionalen

Ernährungssystems besser verstehen“, so Holzhofer. „Wir haben über 400 ernährungsrelevante Akteure in Leutkirch identifiziert, die täglich mit dem Thema Ernährung in Berührung kommen, sei es in der Landwirtschaft, der Gastronomie, der Verarbeitung oder dem Handel“, erklärt sie.

So konnten gemeinsam mit den Bürgern Maßnahmen und Ziele für eine nachhaltige Ernährung formuliert werden: etwa der Aufbau eines Mitmachgartens, die Abschaffung der Marktgebühren auf dem Bauernmarkt oder die Erstellung des

Leitfadens „Nachhaltige Verpflegung auf Veranstaltungen“. Bei der Vergabe der Standplätze für die Bewirtung beim jährlichen Kinder- und Heimatfest werden Anbieter mit regionalen und biologischen Produkten bevorzugt.

In der zweiten Projektphase liegt, so Holzhofer, der Fokus auf der Umsetzung und Verstärkung der Maßnahmen. Leutkirch will sich als „Fairtrade-Kommune“ zertifizieren lassen, außerdem sollen die Leutkircher Märkte gestärkt und Foodsharing, das Teilen von Lebensmitteln, unterstützt werden.

Bewusstseinsbildung wichtig für nachhaltige Ernährung

„Als Kommune haben wir keinen direkten Einfluss auf den Lebensmittelmarkt“, meint Holzhofer. „Aber wir haben Einflussmöglichkeiten etwa bei der Außerhausverpflegung – die Ausschreibung einer nachhaltigen Schulverpflegung streben wir für kommendes Jahr an.“ Zudem sei die Bewusstseinsbildung wichtig auf dem Weg zu einer nachhaltigen

Ernährung. Diese wolle man ausbauen: durch Aktionen mit einem Saisonrad, das die saisonalen Gemüsesorten eines Monats anzeigt, Bildungsarbeit an Schulen und Kochveranstaltungen.

„Das Thema nachhaltige Ernährung dürfte in Zukunft in den Städten und Gemeinden eine große Rolle spielen“, meint Kristina Fabjancic-Müller, Sprecherin des Gemeindetags. „Zum einen, weil es mit dem Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit zusammenhängt, zum anderen, weil es für die Menschen allgemein wichtiger zu werden scheint, was sie essen und wo ihre Nahrungsmittel herkommen.“

Dennoch sei „der Einfluss, den Kommunen haben, natürlich begrenzt“, so Fabjancic-Müller. Es hänge von den örtlichen Gegebenheiten ab, welche Ziele eine Kommune sich bei dem Thema setzt und welche Mittel sie dafür einsetzt.

MEHR ZUM THEMA
Weitere Informationen zum Projekt:
<https://kurzelinks.de/Kernig>

Netzwerk gegen Kinderarmut zieht erste Bilanz

STUTTGART. Das Sozialministerium hat sechs Standorte beim Aufbau lokaler Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut und für Kindergesundheit gefördert: Schorndorf, Singen, Stuttgart, Ulm sowie den Landkreis Ravensburg und den Ortenaukreis.

Die Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt hat jetzt die Erfahrungen und unterschiedlichen Vorgehensweisen der Standorte im Rahmen der Broschürenreihe „Strategien gegen Armut“ bilanziert, so das Statistische Landesamt.

Die Auswertung zeige, dass lokale Präventionsnetzwerke ein Weg sind, die Teilhabechancen von benachteiligten Kindern zu erhöhen und bietet Ideen, selbst in diesem Themenfeld aktiv zu werden. (sta)

MEHR ZUM THEMA
Die Broschüre „Strategien gegen Armut“ finden Sie unter:
<https://kurzelinks.de/Kinderarmut>

Kommunen wollen Geflüchteten helfen

STUTTGART/MANNHEIM. Nach dem Vorschlag der Bundesregierung, 1500 Flüchtlinge aus Moria und anderen griechischen Lagern zu holen, bieten Kommunen im Land Hilfe an. Stuttgart will bis zu 70 Migranten aufnehmen. Mannheim bietet 50 Plätze an. Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Peter Kurz (SPD) bestand am Dienstag aber auch auf einem solidarischen Verteilmechanismus unter aufnahmewilligen EU-Ländern – und einem finanziellen Ausgleich, solange sich einzelne Staaten einer gesamteuropäischen Lösung verweigerten.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) sagte: „Wir hätten morgen Platz für 100 Geflüchtete.“ Entscheidend sei aber die gesellschaftliche Akzeptanz. „Daher spreche ich mich dafür aus, nur Kinder, Familien und Asylberechtigte zu uns zu bringen.“ Für alle anderen sei schnelle Hilfe vor Ort angemessen. (lsw)

Keine Bundesligaspiele in Ruhezeiten und bei Nacht

Richter schränken Spielzeiten in Freiburg ein

FREIBURG/MANNHEIM. Abendspiele des SC Freiburg sowie Partien an Sonntagen zwischen 13 und 15 Uhr im neuen Stadion sind nur zulässig, sofern sie „unwesentlich“ in die Ruhezeiten hineinreichen. Das hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg entschieden. Der SC Freiburg darf gemäß dem Beschluss am Samstagabend um 18.30 Uhr Bundesliga-Heimspiele bestreiten, Partien am Freitagabend und am Sonntagmittag um 13.30 Uhr sind im Ligalltag aber weiter verboten.

Im Oktober 2019 hatte der VGH geurteilt, dass die neue Arena am Flugplatz aus Gründen des Lärmschutzes während üblicher Anstoßzeiten nicht für Fußballspiele genutzt werden darf.

Das Regierungspräsidium Freiburg hatte daraufhin erklärt, dass nach Einschätzung der Behörde der Beschluss auf der Berücksichtigung veralteter Lärmschutzwerte beruhe. Entsprechend reichte das Regierungspräsidium eine Anhörungsgrüße ein, und der VGH rollte das Verfahren neu auf. (sta)



Für 76 Millionen Euro entsteht das neue Stadion des SC Freiburg. Allerdings muss Rücksicht auf die Anwohner genommen werden. FOTO: DP/PAATRICK SEEGER

Grundstücksfonds hilft Berghülen beim Bau bezahlbarer Wohnungen

Zweite Gemeinde nimmt Angebot des Landes in Anspruch

STUTTGART/BERGHÜLEN. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts bestätigen einmal mehr: Bauland ist in Baden-Württemberg teurer als in den meisten anderen Bundesländern – und insgesamt so teuer wie nie. Im Jahr 2019 waren pro Quadratmeter im Schnitt 227,44 Euro fällig. Teurer war der Quadratmeter nur in Hessen, Bayern, Berlin und Hamburg. Angesichts der hohen Preise hat das Land in diesem Jahr den Grundstücksfonds für Kommunen aufgelegt.

Als zweite Gemeinde nimmt Berghülen (Alb-Donau-Kreis) das Angebot des Landes in Anspruch, wie das Wirtschaftsministerium mitteilt. Die Kommune will mithilfe des Fonds auf dem ehemaligen Areal des Fruchtsaftherstellers Albi im Ortsteil Bühlenhausen größtenteils Wohnraum schaffen.

Deutlicher Anteil an preisgünstigem Wohnraum geplant

„Aus eigenen Mitteln wäre es der Gemeinde Berghülen aufgrund ihrer Haushaltslage nicht möglich, die für die Gemeindeentwicklung wichtige und sinnvolle Nachnutzung des Gewerbeareals zu stemmen“, erklärt Wohnungsbauminis-



Bauland ist in Baden-Württemberg teuer. Das Land hat deshalb für Städte und Gemeinden einen Grundstücksfonds aufgelegt. FOTO: DP/ABILDGENTUR-ONLINE

terin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU). Hier könne der Fonds zielgerichtet unterstützen. „Das Grundstück wird zunächst vom Land zwischenerworben und damit für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Gemeinde gesichert“, sagt die Ministerin.

Auf dem rund sechs Hektar großen Quartier sollen Dienstleistungen, Einkaufsmöglichkeiten, regionale Gastronomie und rund 160 Wohneinheiten entstehen. Im

Wohnungsmix soll auch ein deutlicher Anteil an preisgünstigem Wohnraum entstehen.

Ein spezifischer Grund, in der Gemeinde aktiv zu werden, liegt neben deren Haushaltssituation auch darin, dass der Nachfragedruck auf dem dortigen Wohnungsmarkt steigt, der schon jetzt ausgehend von Ulm deutlich spürbar ist. Dieser werde sich durch die Inbetriebnahme des nahegelegenen Regionalbahnhofs „Merklingen – Schwäbische

Alb“ an der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm im Jahr 2022 noch verstärken, teilt das Wirtschaftsministerium mit. Es sei richtig, dass die Gemeinde hierauf vorausschauend reagiert – noch dazu komme sie durch die Nutzung des Albi-Areals weitgehend ohne eine zusätzliche Flächenversiegelung aus, erklärt Hoffmeister-Kraut.

Fonds kommt nicht nur Kommunen in Ballungsräumen zugute

Der Fonds soll finanzschwächere Kommunen, die gleichzeitig einen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum vorweisen können, unterstützen. Er umfasst 100 Millionen Euro und wird durch die Landsiedlung Baden-Württemberg seit Mai verwaltet. Diese steht der jeweiligen Kommune während des gesamten Prozesses beratend zur Seite.

Das Beispiel Berghülen zeigt laut Ministerin Hoffmeister-Kraut, dass der Fonds nicht nur Städten und Gemeinden in Ballungsräumen zugute komme. (sta)

MEHR ZUM THEMA
Weitere Informationen zum Fonds:
<https://kurzelinks.de/Fonds>